

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 199-2015
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.785

Eingereicht am: 16.08.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Etter (Treiten, BDP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Ist das Programm SARZ gescheitert?

Am 17. Juni 2007 hat das Berner Volk deutlich Ja gesagt zur Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ). In der Botschaft wurde damals versprochen, die Agglomerationen als Wachstumsmotor zu stärken, ohne den ländlichen Raum zu vernachlässigen. Das Regionalkonferenzmodell soll die Zusammenarbeit der Gemeinden in wichtigen regionalen Fragen vereinfachen, um verbindliche, demokratische Entscheide gemeinsam umzusetzen. Sie sind für die regionale Richt-, Gesamtverkehrs- und Siedlungsplanung und deren gegenseitige Abstimmung, für die regionale Kulturförderung sowie im Bereich Regionalpolitik zuständig. Die Einführung einer Regionalkonferenz bedarf der Zustimmung der Mehrheit der Gemeinden und der Mehrheit der Stimmberechtigten der betreffenden Region.

In der Zwischenzeit konnten drei Regionalkonferenzen (Oberland Ost, Bern Mittelland, Emmental) gebildet werden. In zwei Regionen (Thun/Oberland West, Oberraargau) wurde die Bildung der Regionalkonferenz abgelehnt, in einer Region (Biel-Seeland-Berner Jura) fand keine Abstimmung statt.

Dieser Umstand schafft Ungleichgewichte zwischen einzelnen Regionen im gleichen Kanton. In einzelnen Regionalkonferenzen werden behördenverbindliche Beschlüsse gefasst und müssen umgesetzt werden, während andere Regionen davor „verschont“ bleiben.

In bestehenden Regionalkonferenzen (z. B. Bern Mittelland) macht sich zunehmend Unmut breit, weil das Konstrukt viel zu gross ist. Es ist undurchsichtig, die kleineren Gemeinden werden von den grossen Gemeinden dominiert. Es sind auch fragliche Ämterkumulationen auszumachen. Bereits sind bei einzelnen Gemeinden Austrittsgedanken aufgekommen, sofern das überhaupt möglich ist. Der heutige Zustand ist unbefriedigend und untragbar.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie ist das weitere Vorgehen bezüglich der Bildung von Regionalkonferenzen im Kanton geplant?
2. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um im Kanton ein einheitliches System gemäss SARZ zu realisieren?
3. Ist der Regierungsrat bereit, aufgrund der bisherigen Erfahrungen Korrekturen am System oder an den Regionalkonferenzen vorzunehmen?
4. Ist der Regierungsrat damit einverstanden und war es die ursprüngliche Absicht, dass die Regionalkonferenzen als vierte Instanz behördenverbindliche Entscheide treffen können?
5. Wie steht es im Gegenzug mit den demokratischen Rechten einzelner Gemeinden in Bezug auf Referenden, Initiativen? Besteht die Möglichkeit eines Austritts für einzelne Gemeinden?
6. Wie kann der Regierungsrat die Aufsicht und die Kontrollen über die Aktivitäten der Regionalkonferenzen und der Regionen ohne Regionalkonferenz im gleichen Rahmen sicherstellen?
7. Wie gedenkt der Regierungsrat in Zukunft die finanziellen Abgeltungen bei unterschiedlichen Entwicklungsstufen in den Regionen vorzunehmen?

Verteiler

- Alle Direktionen
- Grosser Rat